



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 91-93  
Fernschreiber 0886 890  
7. Juni 1957

P/XII/129

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Hamburger Wahlkongress der FDP	S. 1
JNC-Polizei für Algerien?	S. 3
Kolpingbrüder und Bundestagswahl	S. 5
Die politische Verantwortung des Christen	S. 6

## Zum Hamburger Wahlkongress der FDP

FB. Den Freien Demokraten kann man nach ihrem Wahl-Kongress in Hamburg uneingeschränkt in programmatischer Hinsicht bestätigen, dass man weiß, woran man mit ihnen ist. Da aber ebenso jeder weiß, dass ein Programm der FDP in seiner auch nur teilweisen Verwirklichung in jedem Fall von einer Koalition abhängt, bleibt für den Wähler nach wie vor die Frage offen, mit wem oder gegen wen die FDP eines Tages dieses Programm wenigstens teilweise realisieren will.

Sie hat diese Frage, wie auf ihrem Berliner Parteitag, offen gelassen und man kann dafür parteitaktisch einiges Verständnis aufbringen. Das entscheidende Problem ist nur, ob die Wähler diese Unklarheit bis zum Einwerfen des Stimmzettels hinnehmen werden.

Kommt es wunder, dass man, um die Bindungsfreiheit vor den Wahlen zu betonen, in Hamburg nach beiden Seiten schoss und sowohl die CDU als auch die SPD mit entsprechenden Breitsseiten bedachte? Soweit es die CDU betrifft, mag diese Partei sich damit auseinandersetzen. Wie aber ist die Stellung zur SPD?

Die Abgrenzung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik war zwar in den Worten und in der Tonart nicht deutlich, aber das allein genügt nicht. Auch die Freien Demokraten werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass es - hier sei Reinhold Maier zitiert - in der SPD keine "Gefahr" gibt, dass "die Demokraten von den Sozialisten erschlagen" werden, denn es gibt eben nur demokratische Sozialisten; der Begriff ist eine untrennbare Einheit. Was soll auch das Gerede von den "sozialistischen Experimenten", wenn man nicht klar sagt, was darunter verstanden wird? Man führe aus den letzten acht Jahren, in denen die SPD sich in Opposition befand, ein konkretes Beispiel an, was als "Experiment" in dem abfälligen Sinne, in dem man es gebraucht hat, bezeichnet werden könnte. Die FDP wird nicht verlangen können, dass die Sozialdemokraten ihre Wirtschaftsauffassung verleugnen. Aber dieses sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm wird nicht vertreten, weil man

Lust am "Experimentieren" hätte, sondern weil es die wirtschaftliche Vernunft gebietet. Die FDP in Nordrhein-Westfalen, die ja bekanntlich einer der stärksten Aktivposten dieser Partei ist, dürfte diese Tatsache in ihrer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie längst zur Kenntnis genommen haben.

Die Willensäußerungen der FDP in der Außenpolitik und in der allgemeinen Innenpolitik sind eindeutig. Schon der Berliner Parteitag der FDP hatte eine weitgehende Annäherung an den sozialdemokratischen Standpunkt erbracht. Nach dem Hamburger Wahlkongress kann man - sowohl nach dem Wahlprogramm als auch nach den Reden von Dr. Mende und Dr. Leverenz - Übereinstimmung in wesentlichen Punkten feststellen. Die SPD begrüßt diese Übereinstimmung, nicht, weil sie in erster Linie nach möglichen Koalitionspartnern suchen will, sondern aus der Sache heraus. Ihr ist die Wiedervereinigung und der richtige Weg hierzu ein so ernstes Anliegen, dass parteitaktische Überlegungen im gegenwärtigen Zeitpunkt völlig ausser Betracht bleiben. Was begrüßt werden muss, ist, dass die Basis der ausserpolitischen Übereinstimmung sich verbreitert hat.

Man muss Verständnis dafür haben, dass die FDP von einem anderen Ausgangspunkt ausgeht, denn schliesslich hat sie einmal den Pariser Verträgen und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik zugestimmt. Ist das noch wichtig, wenn die ausserpolitischen Schlussfolgerungen von SPD und FDP für die gegenwärtige Situation die gleichen sind? Es wäre billig, wenn man in dieser Situation um das Erstgeburtserrecht streiten würde - hier Pfeleiderer-Plan und dort die schon seit Jahren vorhandene sozialdemokratische Alternative, die davon ausgeht, dass NATO und Wiedervereinigung nicht zusammen zu haben sind und die Voraussetzung für die Wiedervereinigung ein europäischer Sicherheitspakt und eine Einigung über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland sind. Entscheidend ist doch, dass sich die FDP zur richtigen Erkenntnis durchgerungen hat, wobei man es vielleicht um der Klarheit willen gern gesehen hätte, wenn auch die Referate, vor allem das von Dr. Leverenz, eine formelle Billigung durch den Wahlkongress erfahren hätten.

Auch in der Beurteilung der Atom-Situation und den daraus zu ziehenden deutschen Konsequenzen kann man von einer weitgehenden Übereinstimmung sprechen, ganz zu schweigen davon, dass über die CDU die SPD schon immer und die FDP heute dasselbe denken. Aber das ist die Wahlkampf-situation, und auch die SPD weiss, was Dr. Maier sagte, dass "die Wahlkampflage nicht unbedingt die Koalitionslage zu sein braucht." Erst nach den Wahlen wird es sich also entscheiden, was nur "Programm" und was ernster Wille zur anderen, besseren Politik ist.

\* \* \*

## Hölle in Algerien

l.c.-Paris

Mehr als eine halbe Million Soldaten und Polizisten, die in Algerien eingesetzt sind, haben nichts daran ändern können, dass der Aufstand wächst und die von den Rebellen angewandten Terror-Methoden immer grausamer, immer widerlicher werden. Die "Algerische Befreiungsfront" wird von örtlichen Fanatikern geführt. Der Einfluss der in Kairo lebenden politischen Köpfe dieser Bewegung scheint geringer zu sein als oft angenommen wird, zum mindesten aber herrscht unter ihnen nicht der Grad von Eintracht, den sie anderen gegenüber als Selbstverständlichkeit betonen. Die extremsten unter ihnen haben zunächst die Oberhand gewonnen.

Überfälle und Attentate in Algerien richten sich schon seit geraumer Zeit nicht nur gegen Europäer. Jeder mohammedanische Algerier, der im Verdacht steht, nicht ganz mit den Methoden der "Frontisten" einverstanden zu sein, jeder Mohammedaner, der etwa für die gemässigte "Nationale Algerien-Bewegung" des in Frankreich unter Polizeiaufsicht lebenden Messali Hadj eintritt, ja jedermann, der es nur wagt, Tabak zu rauchen, der von der französischen Tabakregie geliefert wurde, ist ein Toesekandidat. Und getötet wird auf die bestialischste Weise. Vor den Augen ihrer Frauen und Kinder wurden kürzlich mehr als dreihundert Algerier von ihren Landsleuten ermordet, ein als französischfreundlicher geltender Politiker wurde bei lebendigem Leibe verbrannt, ganze Dörfer werden eingeäschert.

Die Bewegung des Messali Hadj will sich an die Vereinten Nationen mit dem Ersuchen wenden, dafür zu sorgen, dass alle französischen Truppen Algerien verlassen und die Ordnung durch UNO-Einheiten, ähnlich wie an den Grenzen Israels, aufrecht erhalten wird. Dieser aus der Verzweiflung geborene Vorschlag ist, wenigstens heute noch, allerdings völlig unrealistisch. Denn ganz abgesehen davon, dass keine einzige französische Partei - von der KP abgesehen - ihm öffentlich zustimmen würde, ist nicht damit zu rechnen, dass schwach bewaffnete UNO-Einheiten Leben und Besitz der Europäer und der Mohammedaner besser schützen könnten als die halbe Million französischer Uniformierter es bisher vermochte.

Was weiter geschehen wird, weiss niemand. Aber alles spricht dafür, dass Frankreich keinesfalls gewillt ist, den Kampf aufzugeben, solange auch nur die geringste Hoffnung auf Verhandlungen mit den politischen Köpfen der Rebellen besteht. Dass dieser Krieg - denn es ist ein brutaler Krieg - die Finanzen Frankreichs zu ruinieren droht, ändert zwar nichts an diesem Willen, das Sonderbare aber ist, dass gerade diejenigen Rechtsparteien, die als Vertreter des Grosskapitals gelten, nicht gewillt sind, eine Regierung zu unterstützen, die von ihnen weitere, grössere Geldopfer verlangt. Sie möchten, so drückte es ein katholischer Politiker aus, den Krieg weiterführen, aber

nichts dafür bezahlen.

Die Rebellen erfreuen sich höchster und allerhöchster Unterstützung. Als am hellen Tage in der Nähe von Paris ein algerischer Politiker von einem seiner Landsleute in Gegenwart höchster französischer Beamten ermordet wurde, gratulierte der Rundfunk von Kairo dem Mörder und gab bekannt, dass frühere Mordversuche leider misslungen waren. Die Könige von Saudi-Arabien und des Iraks verkündeten erst vor wenigen Wochen ihre Absicht, die algerischen Aufständischen weiterhin mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Ministerpräsident von Tunesien, Habib Burgiba, ein äusserst kultivierter Mann, betont bei jeder Gelegenheit seine freundschaftlichen Gefühle gegenüber den Rebellen und hat sie bisher soweit es ihm möglich war, unterstützt. Alles dies war begreiflich, solange der Aufstand wenigstens äusserlich den Charakter eines "Befreiungskrieges" zeigte; es wird unbegreiflich, seit die Aufständischen die brutalsten, barbarischsten Methoden anwenden und sich ihr Terror nicht nur gegen die "Unterdrückten" wendet, sondern gegen ihre Landsleute, die nicht haargenau tun, was man von ihnen verlangt.

Es ist gewiss unsinnig, zu behaupten, die Rebellen erfreuten sich auch der Unterstützung amerikanischer Kreise. Dennoch wird diese Behauptung wiederholt, und ein rechtsstehender Senator, Michel Debré, hat sie kürzlich in aller Öffentlichkeit aufgestellt. Algerien würde eines der Tore sein, durch die der Öl- und Erzreichtum der Wüste Sahara an die Küste gebracht werden kann, und es ist nun einmal eine der Überzeugungen mancher französischer Politiker, dass amerikanische Vertreter des Grosskapitals ein wachsendes Interesse daran hätten, aus diesem Grunde ihren Einfluss in den drei französisch beeinflussten Gebieten Nordafrikas - Marokko, Algerien, Tunesien - in jeder Hinsicht zu vertiefen.

Sollte an diesen Behauptungen etwas Wahres sein, so dürfte den Freunden der Rebellen angesichts der Wendung, die der Kampf in Algerien genommen<sup>hat</sup>, nicht allzu wohl sein. Denn keinesfalls ist die Gefahr von der Hand zu weisen, dass die Terroristen ihren Kampf nach Europa tragen und hier nicht nur, wie sie es bereits getan, ihre eigenen Landsleute verfolgen, sondern ihr Tätigkeitsfeld erweitern. In den öffentlichen Gebäuden von Paris wurden jedenfalls die Kontrollen verschärft und die Wachen verstärkt. Schon dieser Vorgang zeigt, wie weit das Ganze gediehen ist.

\* \* \*

"Abwärts ziehen lassen"

sp - Der "Kolpings-Ruf" (Beilage April 1957) veröffentlichte einen Aufruf von Albert Hünteler an die Kolpingsbrüder. Sie mögen doch aktiv werden, die lieben Kolpingbrüder, meint Herr Hünteler, damit die soziale Gerechtigkeit und brüderliche Liebe in der menschlichen Gemeinschaft endlich Wirklichkeit werde.

Wie das aussehen soll, zeigt Albert Hünteler im zweiten Teil seines Aufrufes. Das Jahr 1957 sei das Jahr der Entscheidung, bestimmt durch politische Machtausinandersetzungen, die am 15. September mit den Bundestagswahlen ihren Höhepunkt erreichen werden. Hierbei werde sich zeigen, ob sich die deutschen Wähler "verantwortungslos in das sozialistische oder liberalistische Fahrwasser abwärts ziehen lassen" werden, oder ob sich Deutschland einmütig zu einer christlichen und demokratischen Ordnungsgemeinschaft bekennt. Die Entscheidung falle "zwischen Christentum und Materialismus", wobei - dies sei am Rande bemerkt - rücksichtsvoll die durchaus materialistischen Wahlpenden der Industrie für die CDU unerwähnt bleiben. Denn: was erreicht wurde, haben wir dem klaren und grossartigen Handeln unseres Bundeskanzlers zu verdanken.

Der geistige Tiefschlag - offenbar aus christlicher Nächstenliebe - folgt sofort: "Die Koalition in Düsseldorf ist keine Garantie für christliche Politik. Auch dann nicht, wenn Ministerpräsident Steinhoff mit freundlicher Geste die Urkunden über das neue Ruhr-Bistum mit Erzbischof Muench austauscht. Nicht freundliche Geste, Chruschtschow und Bulganin können auch freundlich tun; heimtückisch allerdings!"

Merkwürdig, wie kurz das Gedächtnis mancher Leute ist. Steinhoff, Chruschtschow und Bulganin in einem Atemzug! Dabei hat doch nicht Steinhoff Herrn Bulganin im Bolschoi-Theater in Moskau freundschaftlich umarmt! Wenn wir uns nicht irren, war das Herr Dr. Adenauer. Etwa aus Heimtücke?

\* \* \*

7. Juni 1957

"Sollen wir alle nichts gelernt haben?"

Vortrag von Landesbischof D. Jacobi, Oldenburg

Der Christ sieht den politisch Andersdenken in erster Linie als Geschöpf Gottes und lehnt das Denken im Freund-Feind-Schema ab. Unter diesen Leitgedanken stellte Landesbischof Jacobi seinen Vortrag "Die politische Verantwortung des Christen", den er im Rahmen des Zyklus "Christlicher Glaube und politische Entscheidung" der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München hielt. Landesbischof Jacobi war von 1933 bis 39 Präses der Bekennenden Kirche in Berlin. Von den Nationalsozialisten wurde er mehrmals aus politischen Gründen inhaftiert. Nach Kriegsende wirkte er als Generalsuperintendent von Berlin (Sprenkel II). Auch auf publizistischem Gebiet ist Landesbischof Jacobi bekannt geworden. ("D.Mensch und seine soz. Schuld", 1928; "D.Reich Gottes", 1928, "Tage eines Großstadtpfarrers"). 1954 wurde ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Wir bringen nachfolgend Auszüge aus seinem Vortrag.

Man hat in unseren Tagen aus der Atomfrage eine parteipolitische Frage gemacht. Der Appell jener 18 Atomphysiker und der Appell von Albert Schweitzer war ein Appell an die Vernunft, an das Gewissen, an die Verantwortung aller Staatsmänner und Politiker; als solcher war er zu nehmen, allein als solcher. Es hob aber sofort ein Raunen an. Man suchte schleunigst nach angeblichen politischen Hintermännern jener Atomforscher oder nach angeblichen politischen Interessen dieser Männer, ja, man witterte in diesem Appell einen Verlust oder eine Chance für die kommende Bundestagswahl. Damit wurde jener Appell einfach nicht mehr hörbar; er ist verpufft. Monumentales politisches Denken hat den Appell abgewürgt. Wo aber ein monumentales politisches Denken vorliegt, da befindet man sich in unmittelbarer Nähe des Bolschewismus. Darüber muss man sich klar sein. In Wirklichkeit geht es doch bei dieser Frage um die Besorgnis aller Menschen in sämtlichen Parteien. Um an ein Beispiel aus dem Krieg zu erinnern: So interessant technisch auch die Aufgabe gewesen sein mag, Wagen herzustellen, in die durch eine Hebelbewegung Gas einströmte, es hätte der Techniker sich dazu nicht hergeben dürfen. Heute haben Physiker vor dem Ergebnis ihrer Forschung gewarnt, jedenfalls davor, diese Ergebnisse als Waffen anzuwenden. Wir müssen also dankbar sein, dass sie sich durch die Sachlichkeit ihrer exakten Wissenschaft nicht haben verführen lassen und einer persönlichen Entscheidung nicht ausgewichen sind.

\*\*\*\*\*

Der Christ sieht nicht nur die Selbstbehauptung, die mit der Politik verbunden ist, sondern ist selber durch sein positives, negatives oder distanzierendes politisches Handeln mit hinein verflochten, das heißt, er ist mitschuldig. Ja, der Christ weiss sich mitschuldig an der gesamten Politik. Das ist sein Sondermerkmal. Er trägt die Schuld an der Selbstbehauptung seines Staates mit. Vielleicht und hoffentlich trägt er sie stellvertretend. Denken wir doch an das Dritte Reich! Was wurde da alles unterlassen an Aufschrei, an Bekundung gerechten Zornes! Wieviel wurde geschwiegen zu Untaten, die nicht mit Schweigen hätten übergangen werden dürfen! Sollten wir alle wirklich nichts gelernt haben aus jenen Jahren, in denen die Selbstbehauptung unser Volk wie ein

7. Juni 1957

Rausch ergriff? Sollten wir nicht bremsen, wo es nur um Selbstbehauptung geht? Wahrscheinlich würden wir unser Leben in ganz anderer und neuer Weise gewinnen für uns und unsere Nachkommen, wenn wir es zunächst einmal hören, ganz schlicht hören würden: Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren!

\*\*\*\*\*

Vorrangig ist zu erkennen, dass die gesamte Verbindung von Macht und Technik, also die Technokratie, uns ethisch vor Aufgaben stellt, die schlechthin neuer Lösungen harren. Die früheren Regeln, die das Zusammenleben der Menschen fundierten, auch die letzten diplomatischen Spielregeln, alles versagt heute. Sicherlich müssen auch so grosse Worte wie Vaterland, Heimat, Kultur, Familie, Erziehung mit neuem Gehalt versehen werden, wenn sie eine Bedeutung für das Leben haben sollen. Wir befinden uns in der Situation, dass den Menschen mit der fortgeschrittenen Technik grössere Macht in die Hände gelegt ist, die er wie alles stets in doppelter Weise gebrauchen kann, zum Guten und zum Bösen, zum mitmenschlichen und zum unmenschlichen Tun. Gerade an den heutigen Menschen ergeht keiner Ansicht nach der Aufruf Gottes, die erhöhte Macht zu gutem Zusammenleben der Menschen zu verwenden.

\*\*\*\*\*

Politische Verantwortung des Christen: Sie erstreckt sich nun noch auf einen heute mir ungemein wichtigen Punkt. Der Christ macht das Denken im Freund-Feind-Schema einfach nicht mit, ja er bekämpft es. Freund-Feind-Schema, das heisst, der andere bekommt mit Leukoplast ein Etikett auf die Stirn geklebt mit dem Namen der Partei, der er angehört, und damit ist er für die Angehörigen aller anderen Parteien erledigt. So aber geht es nicht. Wir geraten in Zerfall und schliesslich in Chaos, wenn wir so weitermachen; denn der andere ist ja immer noch ein Mensch. Er ist nicht nur Vertreter der CDU oder der Sozialdemokratie oder der FDP, sondern auch und sogar in erster Linie noch Mensch. Er ist auch nicht nur Funktionär, wie wir eingangs sagten, einer Interessengruppe, sondern zunächst Mensch, und gerade wenn er seine Meinung scharf herausstellt, gerade dann ist doch ein Gespräch möglich von Mensch zu Mensch... Der Christ sieht den politisch Andersdenken immer als Geschöpf Gottes und als Eigentum des Herrn Christus an. Wie schön wäre ein Wahlkampf, wenn die Parteiredner das bedenken würden. Am Rande: Ist es nicht so, dass Adolf Hitler dieses Denken im Freund-Feind-Schema dem deutschen Volk eingesprengt hat? Er war es doch, der gesagt hat: Hat man keinen Feind, dann muss man sich einen setzen!

Und nun noch eine Bemerkung am Rande: Dass Sie mich hier reden lassen, der ich nicht zu Ihrer Partei gehöre, das sehe ich eigentlich so als kleines Symptom dafür an, dass Sie das Freund-Feind-Schema nun auch nicht so furchtbar gern mögen.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel